

Den „Mehrwert“ sichern!

Anmerkungen zur Kontrolle der Gemeinwohlorientierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Beispiel des NDR. *Von Uwe Grund*

Was wäre wenn...

- ▶ es den NDR, die Vierländeranstalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖR) für Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern nicht gäbe?
- ▶ die aktuelle, unabhängige, vielfältige Berichterstattung über Politik, Kultur, Wirtschaft, Soziales, über Land und Leute und die unzähligen Dokumentationen unterbliebe oder nur den privaten Rundfunkveranstaltern vorbehalten wäre?
- ▶ aus den vier Landesfunkhäusern und einer weit größeren Zahl regionaler Studios des NDR über das Geschehen vor Ort nicht täglich neu informiert würde?
- ▶ die Produktionen des NDR für die Filmwirtschaft, die Schauspieler, Autoren, Künstler nicht erfolgen würden?
- ▶ die Orchester, die Bigband und die Chöre des ÖR mit ihren jährlich mehreren hundert Konzerten nicht existieren würden?
- ▶ unzählige Musik-Veranstaltungen mit jährlich zigtausenden Besucherinnen und Besuchern überall in Norddeutschland ausfielen?
- ▶ der NDR als begehrter Arbeitgeber, Ausbilder und bedeutender Wirtschaftsfaktor nicht vorhanden wäre?

Die Antwort ist klar: Norddeutschland wäre ärmer!

*Uwe Grund ist
stellvertretender
Vorsitzender des NDR
Rundfunkrates.*

Diesen „Mehrwert“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner Gemeinwohlorientierung zu sichern ist eine wichtige Aufgabe, der sich Rundfunkrat und Verwaltungsrat des NDR mit erheblichem Aufwand und Engagement widmen.

Zum Selbstverständnis der Gremien im NDR

Die Gremien des NDR werden zwar von gesellschaftlichen Gruppen entsandt, sind aber nicht als Interessenvertreter_innen dieser Gruppen/Einrichtungen/Verbände/Religionsgemeinschaften/Parteien im Rundfunkrat (RR) tätig; sie vertreten vielmehr als Querschnitt der Bevölkerung die Gesellschaft insgesamt. Die Gremienzusammensetzung des NDR steht nicht im Widerspruch zum sogenannten ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG). Die Anzahl seiner Mitglieder, die im Sinne der Gerichtsentscheidung als „staatsnah“ zu gelten haben, liegt deutlich unter der vom BVerfG genannten kritischen Grenze. Männer und Frauen sind im NDR-Rundfunkrat zu gleichen Teilen Mitglied.

Die Gremien haben sich dafür entschieden, ihre Arbeit für die Öffentlichkeit noch transparenter zu machen. Ein neuer Netzauftritt mit mehr Informationen zu den Mitgliedern, direkte Erreichbarkeit der einzelnen Gremienmitglieder, Erläuterungen zu den Aufgaben und Rechten des Rundfunkrates und verstärkte eigene Pressearbeit gehören dazu.

Die Gremien des NDR beziehen externen Sachverstand in ihre Arbeit ein. In Klausurtagungen hören wir Wissenschaftler_innen und Expert_innen. Wir diskutieren in Workshops mit Praktiker_innen aus der Medienwirtschaft und besuchen viele medienpolitische Veranstaltungen.

Die Gremien sind der Überzeugung, dass nur Qualitätsprodukte in allen Genres des Programmangebotes dem Auftrag des ÖR (Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung) gerecht werden. Qualität und Vielfalt stehen daher vor Quote. Der für den NDR geltende Staatsvertrag und seine Programmgrundsätze stecken dafür den Rahmen ab. Wie erfolgt die Qualitätskontrolle der Gremien in der Praxis?

Die Qualitätsdiskussion

Sie erfolgt hauptsächlich im Programm-Ausschuss des RRs. Dort wird vorrangig die Debatte mit den Programmverantwortlichen zum aktuellen Programmgeschehen geführt. Ein besonderes Mittel ist die Programmebeobachtung. Diese findet durch ausgewählte Mitglieder des Programmausschusses für bestimmte Formate in einem festgelegten Zeitraum statt. Für die Beobachtung werden jeweils passende Kriterien verabredet. Die Ergebnisse werden dokumentiert. In aller Regel schließt sich in einem Workshop mit den jeweils verantwortlichen Redakteur_

innen eine ausführliche Diskussion an. Oft werden dabei besondere Diskussionsergebnisse auch im Plenum des gesamten RRs erörtert. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit und einer Wirkungskontrolle werden im zeitlichen Abstand die Programmebeobachtungen für das jeweilige Format fortgesetzt/wiederholt.

Der RR ist daran interessiert, seine Qualitätsdiskussion mit der senderinternen Qualitätsarbeit zu verzahnen. Es gibt dazu einen Informationsaustausch über die geplanten sogenannten „Programmdialoge“ des Senders, die der Programmausschuss des NDR bei seiner Arbeit berücksichtigen will. Als Beispiele für eine solche Form der Programmebeobachtung seien aus jüngerer Zeit für den NDR-RR genannt: Talkshows, Wirtschaftsberichterstattung, Vormittagsprogramme. Üblich ist darüber hinaus die allgemeine Programmkritik. In jeder Sitzung wird kritisch zum Programm der letzten Wochen diskutiert. Die Direktoren für Fernsehen und Hörfunk nehmen Hinweise auf, die sie in die Redaktionen einbringen. Sie berichten in den Folgesitzungen des Programm-Ausschusses über die Reaktionen/Ergebnisse. Auch dafür ein aktuelles Beispiel. Es gab eine gründliche kritische Debatte über Gewaltdarstellungen im fiktionalen Bereich (am Beispiel jüngerer „Tatort“-Folgen).

Formate der Scripted Reality werden im NDR nicht angeboten, weil sie kaum mit den öffentlich-rechtlichen Programmgrundsätzen vereinbar sind.

Veränderungen wurden einvernehmlich als sinnvoll eingeschätzt und werden in den vom NDR verantworteten „Tatort“-Folgen künftig umgesetzt.

Heftig wurde in den vergangenen Jahren wohl in allen Gremien der Sender innerhalb der ARD das „Format Talkshow“ diskutiert. Über die Forderungen der Gremien zur Reform wurde schließlich sogar in den Medien berichtet. Im Ergebnis wurden sie nach und nach umgesetzt: Die Zahl der Talkshows innerhalb der ARD wurde deutlich reduziert, die bessere thematische Abstimmung der Talkshows untereinander ist inzwischen Standard, bei der Gästerauswahl sind Veränderungen nachvollziehbar.

Sehr gründlich wurde auch im NDR-RR das speziell in den privaten Sendern verstärkt angebotene Programm in Form von „Scripted Reality“ besprochen. Nach gründlicher Analyse des Formats und streckenweise sehr strittiger Debatte wurde schließlich einvernehmlich festgelegt, dass solche Formate im NDR nicht angeboten werden, weil sie mit den für den ÖR geltenden Programmgrundsätzen kaum vereinbar sind.

Gemeinwohlorientierung findet jedoch nicht nur in Form von Kritik am bestehenden Programm statt. Bedeutend ist für uns die Mitwirkung an der regelmäßigen Prüfung/Überarbeitung der Programm-Leitlinien des NDR. Wichtig sind den Gremien gerade die Zukunftsherausforderungen. Auch hierzu wenige Beispiele:

Intensiv haben wir den Sender dabei unterstützt, zu klären, mit welchen Maßnahmen der NDR die Bewältigung der Integrationsaufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlings-Zuwanderung in Norddeutschland unterstützen kann. Wie kann unser Programmangebot für schwerhörige, gehörlose, sehbehinderte und blinde Menschen überhaupt oder wenigstens deutlich besser nutzbar gemacht werden? Der Fragekomplex der Barrierefreiheit im NDR-Sendeangebot beschäftigt die Gremien schon über einen langen Zeitraum. Wir haben die Beteiligung der Betroffenen angeregt, Sachstandsberichte erhalten, uns vor Ort darüber informiert, wie die Aufgaben durch die Expert_innen gemeistert werden und wie das Thema in den Redaktionen bearbeitet wird. Der NDR hat in den vergangenen zehn Jahren beachtliche Erfolge erzielt. Die Zahl der Sendungen mit Gebärdensprache, Untertitelung und Audiodeskription hat sich erfreulich entwickelt. Es kann wohl zu Recht festgestellt werden, dass der NDR in diesem Thema ein Stück weit Schrittmacherdienste in der ARD leistet.

Seit vielen Jahren drängen die Gremien – auch der NDR-RR – auf eine spürbare Verjüngung des Programmangebotes in der ARD. Das gilt für das gesamte lineare Programm und ohnehin für das Telemedienangebot. Wir haben schließlich die Diskussion um ein spezielles „junges Angebot“ der ARD sehr unterstützt, auch gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik. Aktuell beobachten wir das seit einigen Monaten unter dem Namen „funk“ gesendete Programm. Wir diskutieren mit den Verantwortlichen des Senders über die Beiträge des NDR für „funk“ und die Qualität der Zusammenarbeit der Redaktionen.

Der Programm-Ausschuss des NDR hat zum Controlling des Telemedienangebotes des NDR eine besondere Arbeitsgruppe Telemedien gebildet. Im Mittelpunkt der Diskussion der Arbeitsgruppe steht die Frage, welche Fortschritte der NDR bei der Umsetzung der Trimedialität seines Angebotes erzielt hat und welche weiteren Schritte erforderlich sind. Beobachtet und geprüft wurde dabei auch das besondere regionale Angebot, beispielsweise in Niedersachsen.

Transparenz und Kommunikation mit den Nutzer_innen des NDR

Die Hörer_innen und Seher_innen des NDR pflegen einen intensiven Austausch mit ihrem Sender. Viele hundert Publikumskontakte erreichen den NDR täglich (dabei spielt eine große Rolle die Zuständigkeit des NDR für die Nachrichtenformate der ARD, „Tagesschau“ und „Tagesthemen“). Dieser Informationsaustausch ist für die Redaktionen wichtig, sozusagen ein täglicher Resonanzboden für ihre Arbeit: Meinungen, Kritik, Kommentare, Lob, sachliche Hinweise aber auch mancher Ärger unzufriedener „Kunden“ landet ungefiltert direkt bei den Produzenten des Programms. Diese Kommunikation ist regelmäßig Gegenstand der Redaktionskonferenzen, schärft den Blick auf die Frage: Wie kommt das an, was wir für die Nutzer_innen unserer Sendungen erarbeitet haben.

Auch der RR ist Adresse für Eingaben. Der NDR-Staatsvertrag sieht ausdrücklich vor, dass sich jeder mit seinen Anliegen direkt an den RR wenden kann. Davon wird reger Gebrauch gemacht. Die Zahl der Mails und Briefe, die sich direkt an den RR

Der Rundfunkrat entscheidet über Beschwerden, die etwa einen Verstoß gegen die Vorschriften des Rundfunk-/NDR-Staatsvertrages reklamieren.

richten, wächst in den letzten Jahren stetig. Ursächlich dafür dürften einerseits die veränderten Kommunikationsbedingungen im Netz, andererseits die allgemein zunehmend kritische Haltung gegenüber den Medien – auch dem ÖR und damit auch dem NDR –

sein. Sofern es sich bei den Eingaben nicht nur um allgemeine Hinweise oder Meinungsäußerungen handelt, sondern um konkrete Anliegen oder förmliche Beschwerden, werden sie in einem abgestimmten Verfahren behandelt. Stellungnahmen der Redaktionen, Antworten der Intendanz gehen an die Petenten. Ausschüsse des RRs befassen sich mit den Beschwerden, der gesamte RR entscheidet schließlich über Beschwerden, die etwa einen Verstoß gegen die Vorschriften des Rundfunk-/NDR-Staatsvertrages reklamieren.

Dieses Beschwerdeverfahren bindet zunehmend die Arbeit des RRs, auch weil Tendenzen festzustellen sind, dass einige wenige Menschen das Beschwerderecht nahezu missbräuchlich nutzen wollen. Wir diskutieren aktuell, wie wir den veränderten Anforderungen gerecht und unsere Verfahren in diesem Zusammenhang zugleich verbessert werden können.